

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Sozialpädagogische Fachkräfte – Landesverband Berlin
Berufsverband für Beschäftigte in Kindertagesstätten und
Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe

per Mail an: kontakt@erziehverband.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer

Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60

sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 15. September 2021

Betr. Wahlprüfstein von Sozialpädagogische Fachkräfte – Landesverband Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von Sozialpädagogische Fachkräfte – Landesverband Berlin. Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

Erstens: Wie schätzen Sie die Bedeutung von frühkindlicher und außerschulischer Bildung für Kinder und die Verantwortung der Gesellschaft dafür ein?

DIE LINKE. Berlin geht von einem erweiterten Bildungsbegriff aus. Bildung ist nicht auf Schule und Unterricht zu reduzieren. Kinder und Jugendliche lernen in all ihren Lebens- und Erfahrungswelten und das von Anfang an. Wesentlich für das Lernen ist aus unserer Sicht die chancengleiche Teilhabe am Leben der Gleichaltrigen, das soziale Miteinander unabhängig vom Einkommen und der sozialen Stellung der Eltern, unabhängig von Alter, Geschlecht, Religion, kultureller oder ethnischer Herkunft und unabhängig, ob mit oder ohne Beeinträchtigung. Die ganze Gesellschaft trägt die Verantwortung für das Wohl der Kinder, ein behütetes Aufwachsen und die Chance auf ein glückliches Leben. Wir anerkennen als LINKE die Kinderrechte, wie sie in der UN-Kinderrechtskonvention vereinbart und international anerkannt sind. Wir haben in rot-roter Regierungsverantwortung dafür Sorge getragen, dass 2010 Kinderrechte in der Berliner Landesverfassung verankert wurden. Wir setzen uns dafür ein, Kinderrechte auch im Grundgesetz festzuschreiben.

Zweitens: Sehen Sie gleiche Bildungschancen für alle Kinder (in Berlin) gegeben? Wenn nicht, welche Ansätze wollen sie und Ihre Partei verfolgen für mehr Chancengerechtigkeit?

Der Zugang und der Erwerb von Bildung ist Voraussetzung für Chancengleichheit für alle Kinder. In diesem Sinne haben wir uns stets und insbesondere in Regierungsverantwortung dafür eingesetzt, dass die Zugänge weiter verbessert und die Qualität der Bildungsangebote fortentwickelt werden. Wir haben viel erreicht. Doch die Folgen der Corona-Pandemie stellen uns als Gemeinwesen vor große Herausforderungen. Untersuchungen belegen, dass die Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder

und Jugendlichen besonders groß sind und insbesondere für Kinder, die in sozial benachteiligten Familien groß werden. Die Beseitigung der entstandenen Defizite in der Bildung aber auch im sozial-emotionalen Bereich müssen ein Schwerpunkt in der Arbeit der nächsten Wahlperiode sein. Hier sind Politik und Zivilgesellschaft gleichermaßen gefordert.

In der nunmehr endenden Wahlperiode haben wir als rot-rot-grüne Regierungskoalition dafür gute Voraussetzungen geschaffen, auf denen wir aufbauen können.

Wir haben in Regierungsverantwortung Zugangshürden zu einem Platz in der frühkindlichen Bildung abgebaut, frühzeitig den Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kita bzw. in der Kindertagespflege ausgebaut, die Bedarfsprüfung abgeschafft und durch die nunmehr geltende vollständige Beitragsfreiheit auch die finanziellen Hürden für den Kitabesuch beseitigt. Mit dem Berliner Bildungsprogramm und seiner Weiterentwicklung wurden und werden Qualitätsstandards definiert. Unter anderem haben wir eine schrittweise weitere Verbesserung des Personalschlüssels, der Leitungsfreistellung und der Anleitungstunden erreicht. Im Bereich der ergänzenden Förderung und Betreuung haben wir die Bedarfsprüfung für die Teilnahme der Kinder in den Klassenstufen 1 und 2 genauso abgeschafft wie die Kostenbeteiligung der Eltern. Vorbehaltlich der Zustimmung des Abgeordnetenhauses werden wir noch in dieser Wahlperiode dafür sorgen, dass die Bedarfsprüfung auch für die Jahrgangsstufen 3 und 4 abgeschafft wird und das Bildungsprogramm für die Offene Ganztagschule zur pädagogischen Grundlage der Arbeit im „Hort“ wird. In der nächsten Wahlperiode wird es unter anderem darauf ankommen, die Beitragsfreiheit für die ergänzende Förderung und Betreuung auch in der 3. und 4. Jahrgangsstufe einzuführen und den Personalschlüssel schrittweise zu verbessern.

Wir haben als Koalition dafür gesorgt, dass die Eltern für das Mittagessen in der Grundschule nicht mehr bezahlen müssen und dass für Schüler:innen die Monatskarte für den ÖPNV nichts mehr kostet. Wir haben uns konsequent für die Förderung, den Ausbau und die Anerkennung der Gemeinschaftsschulen als Regelschulen eingesetzt, weil sie aus unserer Sicht die besten Voraussetzungen für mehr Chancengleichheit in der schulischen Bildung bieten. Wir haben mit dem Haushaltsgesetz 2020/21 und der Finanzierung von weiteren 300 Stellen die Grundlagen dafür geschaffen, dass jede Schule mindestens eine Vollzeitstelle für die schulbezogene Jugendsozialarbeit erhält.

Mit der Verabschiedung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes, das seit dem 1. Januar 2020 in Kraft ist, haben wir ein wichtiges Koalitionsversprechen eingelöst. Dieses Gesetz schafft die Voraussetzungen für eine in der ganzen Stadt vergleichbare quantitative und qualitative Ausstattung mit Angeboten im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII. Für die Umsetzung erhalten die Bezirke bis 2023 insgesamt 25 Mio. Euro zusätzlich. Im August dieses Jahres wurde das Familienfördergesetz verabschiedet. Es schafft auch durch die Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln die Grundlagen für die Sicherung und den Ausbau einer Infrastruktur, die allen Familien in allen Bezirken bedarfsgerechte Angebote der Familienförderung, Familienbildung und Familienberatung sichert. Beide Gesetze wirken auf mehr Chancengleichheit, mehr Teilhabe und die Unterstützung aller Kinder, Jugendlichen und ihren Familien hin. Insbesondere Kinder mit alleinerziehenden Vätern oder Müttern, Kinder mit Migrations- bzw. Fluchtgeschichte wollen wir so noch besser erreichen. Unter anderem mit der Initiierung eines Landesprogramms für Stadtteilmütter wollen wir die Zugänge zu ihnen weiter verbessern. Das gilt auch für Familien mit Kindern, die in Flüchtlingsunterkünften leben.

Unser LINKES Wahlprogramm enthält unsere Vorhaben für die nächste Wahlperiode. Dabei geht es in erster Linie darum, den eingeschlagenen Weg weiter fortzusetzen.

Dreh- und Angelpunkt ist dabei der konsequente Kampf gegen die Kinderarmut. Erinnerung sei hier an eine der ersten Aktivitäten von Rot-Rot-Grün, die Einsetzung der Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut, die nunmehr ihren ersten Bericht vorgelegt hat. Der Berliner Familienbericht 2020 attestiert uns, dass unsere soziale Politik bei den Kindern, Jugendlichen und den Berliner Familien ankommt. Es ist skandalös, dass es die Bundesregierung bis heute nicht geschafft hat, auch für Kinder, Jugendliche und Familien nachhaltig für eine grundlegende Verbesserung ihrer Lebenssituation zu sorgen. Während die Wirtschaft mit Milliarden-Programmen unterstützt wird, werden diejenigen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, mit einer Regelsatzerhöhung von wenigen Euro abgespeist. Für 2022 ist eine Regelsatzerhöhung für junge Menschen unter 18 Jahren um 2 bzw. 3 Euro im Gespräch. Das wäre ein Skandal genauso wie die Tatsache, dass über 190.000 Kinder in der Bundesrepublik nichts von dem einmaligen Freizeitbonus in Höhe von 100 Euro haben, weil sie Unterhaltsvorschuss beziehen. Angesichts solcher Ignoranz sehen wir uns als LINKE bestätigt, auf Bundesebene weiter für eine Kindergrundsicherung zu streiten, die Kinder wirksam vor Armut und Ausgrenzung schützt.

Drittens: Wie schätzen Sie die derzeitige Situation der Kitas und die Qualität der frühkindlichen Bildung ein und welche Maßnahmen sieht ihre Partei für die kommende Legislaturperiode für den Bereich der frühkindlichen und außerschulischen Bildung vor?

Die Berliner Kitas und die Kindertagespflegestellen waren und sind zuverlässige Partner für die Kinder, Eltern und für uns als Politik. Auch und gerade in der anhaltenden Pandemie haben die Beschäftigten in den Einrichtungen verantwortungsvoll und mit hohem persönlichem Engagement bei der Sicherung der Notversorgung von Beginn der Pandemie an Großes geleistet. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle bedanken.

Die Corona-bedingten Einschränkungen im Bereich der Kitas und in der Tagespflege belegen die große Bedeutung der frühkindlichen Bildungsangebote für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder, den Abbau von Benachteiligungen, die Förderung ihrer individuellen Talente und für die Ausbildung sozialer Kompetenzen. Die Kitas und ihre Beschäftigten genießen in unserer Stadt hohe Akzeptanz auch zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Aus unseren Gesprächen mit den Trägern, Beschäftigten und Eltern wissen wir, dass diese vor allem mehr Planungssicherheit brauchen, Verlässlichkeit und Klarheit im Umgang mit der Pandemie und den staatlichen Regelungen im Umgang damit, Unterstützung bei der Anpassung und Umsetzung der Hygienekonzepte, zuverlässige Ansprechpartner im nahen Umfeld der Einrichtungen und regelmäßige Kommunikation. Sie wollen einbezogen werden und nicht von heute auf morgen aus den Medien erfahren, was für ihre Arbeit wichtig ist.

Wir haben alle in diesen Zeiten viele neue Erfahrungen gemacht und es wird eine der wichtigen Aufgaben in der nächsten Wahlperiode sein, diese auszuwerten und Schlussfolgerungen zu ziehen.

Die Kitas in freier Trägerschaft und in den kommunalen Eigenbetrieben wollen wir als LINKE bei der Pandemiebewältigung weiter unterstützen. Dazu gehören unter anderem folgende Maßnahmen:

- Wir sichern auch künftig den Kita-Alltag durch die Bereitstellung von Schutzmaterialien und Schutzausrüstung. Gerade werden 1,8 Mio. Tests für Kitakinder an die Einrichtungen verteilt, um diese an die Eltern weiterzureichen. Mit dem Modellversuch für die „Lolli-Tests“ hoffen wir, die Teststrategie für die Jüngsten bald weiter zu verbessern. Auch die Bereitstellung von Luftfiltern in Kitas ist bei Vorliegen der Voraussetzungen möglich.
- Wir haben frühzeitig für ein Impfangebot für das Kita-Personal gesorgt. Wir werben weiter dafür, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.
- Wir haben 45 Mio. Euro für Angebote für Risikokinder und Risikopersonal bereitgestellt und werden dies auch weiter tun, soweit der Bedarf dafür gegeben ist.
- Wir beabsichtigen, die Fortschreibung des Kita-Bildungsprogramms voranzutreiben und dabei auch die Corona-bedingten Erfahrungen einzubeziehen. Dazu gehört auch die stärkere Berücksichtigung der Digitalisierung.
- Wir wollen eine bessere Zusammenarbeit der Kitas mit den bezirklichen Gesundheitsämtern und niedergelassenen Kinderärzten und ein betriebliches Gesundheitsmanagement. Programme wie „Die Gute-Gesunde-Kita“ sollen evaluiert und in die Fläche ausgeweitet werden.
- Wir begrüßen, dass der Bund sich am Aufholen Corona-bedingter Bildungsdefizite beteiligt. So werden die Bundesprogramme Frühe Hilfen und Sprach-Kitas ausgebaut. Wir kritisieren aber, dass die Mittel dafür unzureichend sind und nur bis Ende 2022 zur Verfügung stehen. Wir wissen alle, dass die Folgen der Pandemie, die noch nicht überwunden ist, länger spürbar sein werden. Der Bund soll sein Aufhol-Programm finanziell ausbauen und entfristen. Das fordern wir als DIE LINKE. Berlin.

Im Übrigen verweisen wir auf die im Berliner Wahlprogramm der LINKEN genannten konkrete Vorhaben. Wir erlauben uns an dieser Stelle die entsprechenden Passagen einzufügen:

Auszug aus dem Wahlprogramm der Berliner LINKEN:

Kita für alle – gut und nachhaltig

Wir wollen quantitativ und qualitativ den Rechtsanspruch auf vorschulische Förderung in Kitas und in der Tagespflege sicherstellen. Fast 50 000 Plätze wurden geschaffen. Das genügt noch nicht. Den Weg des Ausbaus wollen wir fortsetzen, die erreichte Gebührenfreiheit beibehalten und dabei den Schwerpunkt stärker auf die Qualitätsentwicklung legen.

Ausbau der Platzkapazitäten bleibt auf der Agenda vorn

Wir wollen das Landesprogramm für den Kitaausbau fortsetzen und bis zum Jahr 2025/2026 zusätzlich ca. 26 000 Plätze schaffen. Die dafür vorgesehenen Landesmittel von 160 Millionen Euro wollen wir zusätzlich erhöhen. Neben der Förderung des Neubaus wollen wir verstärkt auch in die Sanierung und Modernisierung, insbesondere in die Barrierefreiheit bestehender Kitas investieren. Wir wollen, dass die Landesfördermittel allen Trägern, auch den kommunalen Kitaeigenbetrieben, offenstehen. Dafür wollen wir diesen die Möglichkeit eröffnen, in begrenztem Umfang Kredite aufzunehmen. Perspektivisch wollen wir den Landesanteil auf ein Drittel des gesamten Platzangebotes erhöhen.

Künftig wollen wir die Bezirke als Bauträger von Kitas stärken. Der Neubau von Kitas soll in den Investitionsplanungen der Bezirke stärker berücksichtigt, die Zuweisungen an die Bezirke für Investitionen sollen entsprechend erhöht werden. Wir wollen zielgerichtet in den Kitaausbau in den Stadtquartieren investieren, wo die Inanspruchnahme vorschulischer Förderung durch Familien und Kinder mit sozialer Benachteiligung noch zu gering ist. Die in der vergangenen Wahlperiode geschaffene Möglichkeit einer Brennpunktzulage wollen wir in ein Brennpunktbudget umwandeln, das die Möglichkeit eröffnet, die Mittel flexibler einzusetzen. Damit folgen wir einer Forderung der Kitaträger.

Gerechtigkeit und Transparenz beim Zugang zu Kitas sichern

Ausreichend Kitaplätze sind die wichtigste Voraussetzung, um den Rechtsanspruch jedes Kindes einzu-lösen und Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Das Wunsch- und Wahlrecht soll wieder Ausgangspunkt für die Kitaentscheidung der Eltern werden. Der Zugang soll transparent und gerecht sein.

Der Kita-Navigator schafft nicht mehr Plätze, aber wir wollen dafür sorgen, dass er als Instrument zur Information und Unterstützung bei der Suche nach einem passenden Platz weiterentwickelt wird. Die Bezirke wollen wir stärker in die Lage versetzen, den Zugang zu steuern und mit verbindlichen und einheitlichen Kriterien, die wir gemeinsam mit Eltern und Trägern entwickeln, die Platzvergabe erleichtern. Die vorrangige Berücksichtigung von Geschwisterkindern und die Wohnortnähe sind Beispiele für solche Kriterien.

Jugendämter sollen auf einen bestimmten Anteil von Plätzen der Einrichtungen in freier Trägerschaft und der Kitaeigenbetriebe ein vorrangiges Zugriffsrecht haben – u.a. zur Gewährleistung des Kinderschutzes und in Härtefällen. Das Freihalten einer bestimmten Zahl von Plätzen wollen wir finanzieren.

Wir wollen schrittweise den noch verbliebenen Eigenanteil von fünf Prozent der Kitaträger zur Finanzierung der Plätze abschaffen.

Qualitätsentwicklung mit Vorrang

Der notwendige Ausbau der Kapazitäten muss mit der qualitativen Weiterentwicklung der Angebote verbunden sein. Die fachlichen und personellen Ausstattungsstandards müssen es ermöglichen, das Berliner Kita-Bildungsprogramm in jeder Einrichtung umzusetzen. Wir wollen eine vorbehaltlose Umsetzung des Anspruchs auf inklusive Förderung von Kindern mit Behinderungen und die Qualifizierung der individuellen Sprachförderung – unabhängig von der Herkunftssprache der Kinder – garantieren.

Unser Ziel sind weitere Qualitätsverbesserungen in der Personalausstattung. Das heißt, Zuständigkeit einer Fachkraft für drei Kinder bei allen Kindern unter drei und die Freistellung der Kitaleitungen ab einer Kinderzahl von 80 in einer Einrichtung. Dabei wollen wir die besondere Situation kleiner und kleinster Einrichtungen gesondert berücksichtigen. Auch Erzieher:innen in Kitas muss ein fester Stundenanteil für Tätigkeiten wie Dienstbesprechungen, Elternarbeit, Beobachtung und Dokumentation (mittelbare pädagogische Arbeit) eingeräumt werden.

Die zur Deckung des Fachkräftebedarfs in den letzten Jahren geschaffenen Möglichkeiten des Quereinstiegs und der berufsbegleitenden Ausbildung müssen mit einem umfassenden Angebot zur Qualifizierung einhergehen. Dafür wollen wir die Angebote der Fortbildungsstätte Berlin-Brandenburg gezielt ausbauen und für die Beschäftigten Anspruch und Zeit zur Nutzung der Angebote schaffen. Quereinsteigende sollen in den ersten zwei Jahren nicht vollständig auf den Personalschlüssel angerechnet werden. In der Kita-Rahmenvereinbarung soll auch künftig verankert sein, dass die Beschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder für den Sozial- und Erziehungsdienst vollständig für den Kitabereich übernommen werden. Dies soll auch für alle anderen Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe im Land Berlin und in den Bezirken gelten.

Wir wollen eine Qualitätsinitiative in der Ausbildung in Gang setzen und den Anteil der staatlichen Schulen an der Ausbildung von Erzieher:innen und Sozialpädagog:innen erhöhen. Für private Schulen für Sozialwesen sollen die gleichen Qualitätsstandards gelten wie für staatliche Schulen. Dazu werden wir mit allen Einrichtungen, die Erzieher:innen und Sozialpädagog:innen ausbilden, Zielvereinbarungen zur Qualitätssicherung abschließen, auch im Bereich des Quereinstiegs und der berufsbegleitenden Ausbildung, die künftig Voraussetzung für die staatliche Förderung und Genehmigung der Ausbildungsgänge sein sollen.

Wir wollen die Ausbildung von Kindheitspädagog:innen auf akademischem Niveau ausweiten. Damit wollen wir den Fachkräftebedarf in Forschung und Lehre und in Management und Fachberatung im Bereich der pädagogischen Arbeit in Kitas jetzt und künftig sichern. Für die Lehrbefähigung der Kindheitspädagog:innen wollen wir die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

Wir wollen die Ausstattung von Kitas mit modernen Medien regelhaft ermöglichen, um den Kontakt mit Eltern zu verbessern, die Arbeit zu erleichtern und die Kommunikation im Sozialraum zu sichern.

Wir wollen die Befähigung zur Nutzung moderner Medien in der Aus- und Weiterbildung intensivieren und zur Einhaltung datenschutzrechtlicher Regelungen befähigen. Die Entwicklung von und Arbeit mit medienpädagogischen Konzepten wollen wir im Kita-Alltag fest verankern.

Kindbezogene Sprachförderung

Wir wollen die Sprachförderung in den Kitas neu ausrichten. Die Ausstattung mit zusätzlichen Personalressourcen soll nicht länger von einem Anteil von 40 Prozent Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache in den Einrichtungen abhängig sein, sich stattdessen am individuellen Bedarf der Kinder in der jeweiligen Einrichtung orientieren.

Kita und Gesundheit: Partnerschaft mit Potenzial

Die Corona-Pandemie hat die Partnerschaft der Kitas mit den Gesundheitseinrichtungen vor Ort vor völlig neue Herausforderungen gestellt. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den bezirklichen Gesundheitsämtern war und ist eine wichtige Erfahrung für alle Beteiligten. Wir wollen diese Partnerschaft stärken und u. a. mit folgenden Maßnahmen weiterentwickeln:

Wir wollen uns für jährliche Gesundheitsuntersuchungen der Kinder in den Einrichtungen einsetzen. Durch die finanzielle Förderung der Eigenküche wollen wir gesunde Ernährung ermöglichen. Im Eigenanteil von 23 Euro für Verpflegung soll für jedes Kind Frühstück, Mittagessen und Vesper

enthalten sein. Durch eine Änderung des Schulgesetzes wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass beim Übergang von der Kita in die Grundschule die kontinuierliche Fortsetzung der individuellen sonderpädagogischen Förderung gewährleistet wird.

Viertens: Welche inhaltlichen Vorschläge hat ihre Partei bei der Erarbeitung eines Bundesqualitätsgesetzes für Kindertagesstätten eingebracht?

DIE LINKE. im Bundestag setzt sich bereits seit langem dafür ein, auf Bundesebene Mindestqualitätsstandards für die frühkindliche Bildung gesetzlich zu verankern und sich auch finanziell an der Umsetzung dieser Standards zu beteiligen. Damit sollen in der Bundesrepublik vergleichbare Bedingungen für die frühkindliche Bildung erreicht werden, die sich am derzeit höchsten Standard orientieren. Eine Nivellierung auf niedrigem Niveau lehnen wir ab. Kein Land darf schlechter dastehen als vorher. So bestehen wir darauf, dass das Fachkräftegebot uneingeschränkt erhalten bleibt. Die Ausbildung von Erzieher:innen muss mindestens dem DQR 6 (Deutscher Qualifikationsrahmen Stufe 6) entsprechen. Kita-Bildungsarbeit verlangt eine hohe Qualifikation, die auch entsprechend bezahlt werden muss.

DIE LINKE. hat in den letzten Jahren konkrete Gesetzesinitiativen in Richtung Kita-Bundesqualitätsgesetz ergriffen.

Zu nennen ist hier der Antrag „Mehr Fachkräfte für gute Kitas und eine starke Kinder und Jugendhilfe“ (Drs. 19/6421 vom 11. Dezember 2018). Mit diesem Antrag fordert DIE LINKE. im Bundestag die Bundesregierung auf, einen Entwurf für ein Kitaqualitätsgesetz vorzulegen, „der Mindestqualitätsstandards für die Kindertagesbetreuung definiert und sicherstellt, dass eine bestehende höhere Qualität nicht abgesenkt wird. Darüber hinaus soll geregelt werden, wie sich der Bund zukünftig grundlegend und dauerhaft an der Finanzierung des Systems der Kindertagesbetreuung beteiligt. Insbesondere für folgende Bereiche sind verbindliche Mindestqualitätskriterien zu entwickeln und festzuschreiben:

- a) Fachkraft-Kind-Relation,
- b) Kompetenzprofile, Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung der Fachkräfte,
- c) Zeit für Leitungsaufgaben, Zeit für Vor- und Nachbereitung der Betreuungsleistung,
- d) wohnort- bzw. sozialraumnahe sowie inklusive Betreuung und Förderung,
- e) Raumgrößen, Ausstattung und Freiflächen,
- f) Anspruch auf Ganztagsbetreuung und Förderung unabhängig von der Situation der Eltern,
- g) Qualität der Essensversorgung, wobei als Maßstab die DGE-Qualitätsstandards für die Verpflegung in Tageseinrichtungen für Kinder gelten sollen und
- h) Attraktivität des Berufsfeldes, Arbeitsbedingungen und Prävention, ...“

Weiterhin fordert DIE LINKE. im Bundestag eine langfristige Strategie des Bundes in Kooperation mit Ländern und Kommunen, um die Arbeitsbedingungen, die Entlohnung und den Zugang zur Ausbildung von pädagogischen Fachkräften zu verbessern. Dieser Antrag wurde im Frühjahr 2021 leider abgelehnt.

DIE LINKE. im Bundestag hatte bereits in der 18. Wahlperiode die Vorlage eines Kitaqualitätsgesetzes gefordert (Drs. 18/2605). Auch dieser Antrag wurde nicht beschlossen.

Fünftens: Wie werden sie Ihre politische Verantwortung zur Verbesserung der Qualität der frühkindlichen Bildung nutzen?

Aufgrund des Kitaplatzmangels lag der Fokus in den letzten Jahren verstärkt auf der Schaffung von weiteren Plätzen. Das wollen und müssen wir ändern und wieder mehr in die Qualität der frühkindlichen Bildung investieren.

Zu unseren Vorhaben für die nächste Wahlperiode gehören unter anderem:

- Die Weiterentwicklung des Kita-Bildungsprogramms. Dazu gehört auch, die in der Corona-Zeit gemachten Erfahrungen auszuwerten und z.B. im Hinblick auf die Digitalisierung in der vorschulischen Bildung. Wir brauchen dafür medienpädagogische Konzepte, gut ausgebildete Fachkräfte und die entsprechende technische Ausstattung. Mit der Digitalisierung kann auch die Elternarbeit erleichtert und die Verwaltung entlastet werden. Warum soll es nur in der Wirtschaft eine Digitalprämie geben? Wir würden es auch unterstützen, wenn Mittel für die Digitalisierung im Kita-Kostenblatt aufgenommen würden.
- Eine weitere Verbesserung der Personalausstattung: Durch die allmähliche Überwindung des Fachkräftemangels bekommen wir mehr Personal, um auch die Erzieher-Kind-Relation weiter zu verbessern. Besonders für die Jüngsten wollen wir perspektivisch zu einem Verhältnis von 1:3 kommen, wie von der Wissenschaft empfohlen. Mit den jüngsten Erhebungen der Bertelsmann-Stiftung, die von den Erkenntnissen des Senats abweichen, werden wir uns auseinandersetzen.
- Die Leitungsfreistellung haben wir kontinuierlich verbessert. Auch in die Fachberatung und die Qualifizierung der Kindertagespflege haben wir investiert. Die dazu genutzten Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz sollen auch künftig bereitstehen. Daher wollen wir uns gegenüber dem Bund für eine Verstetigung einsetzen.
- Eine stärkere Verankerung der Kitas im Sozialraum: So sollen Zugänge zu Kindern und Eltern verbessert und die Zusammenarbeit mit anderen Akteur:innen intensiviert werden. Um das zu leisten, sollen über das soeben beschlossene Familienförderungsgesetz Ressourcen z.B. für einen Ausbau der Familienzentren zur Verfügung stehen.
- Brennpunktbudget und Brennpunktzulage: Der Senat hat zusätzliche Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz bereitgestellt, um Erzieher:innen in Brennpunkt-Kitas eine Zulage zu zahlen. Das ist gut und wird von uns unterstützt. Wir setzen uns ein für ein Brennpunktbudget. Dabei geht es um eine flexible Verwendung zusätzlicher Mittel. Kitas in Brennpunkten sollen selber entscheiden, ob sie diese Mittel für eine bessere Bezahlung ihres Kitapersonals vor Ort oder für andere Zwecke zur Verbesserung der pädagogischen Arbeit verwenden wollen.
- Auch wir setzen uns kritisch mit den Empfehlungen der Köller-Kommission auseinander. Dabei lehnen wir Empfehlungen ab, die das Ziel haben, Kinder „schulreif“ zu machen. Gleichwohl gibt es auch Erkenntnisse, die wir teilen wie z.B. die Empfehlung, den Personalschlüssel zu verbessern und mehr und gezielter in die Sprachförderung zu investieren. So wollen wir die Regelung abschaffen, wonach mindestens 40% der Kinder in einer Einrichtung eine nichtdeutsche Herkunftssprache haben müssen, um zusätzliche Fördermittel zu bekommen. Wir setzen uns für eine stärkere individuelle Förderung ein. Wir wissen, dass es vor allem soziale Gründe sind, die ein Risiko für die Sprachentwicklung der Kinder darstellen können.

Sechstens: Zur Berechnung des Personalbedarfs in Kindertagesstätten sehen wissenschaftliche Empfehlungen, wie z.B. der Bertelsmann-Stiftung, die Kenngröße der „Fachkraft-Kind-Relation“ vor, um Zeiten für mittelbare pädagogische Arbeit und Ausfallzeiten angemessen zu berücksichtigen. Wie lauten Ihre Vorschläge für eine Umsetzung der genannten Empfehlungen?

Wie bereits ausgeführt, setzen wir uns dafür ein, die Erzieher-Kind-Relation weiter zu verbessern. Insbesondere sehen wir hier Handlungsbedarf bei den Jüngsten. Was die Berücksichtigung von Zeiten für die mittelbare pädagogische Arbeit und Ausfallzeiten angeht, wird dies von uns auch künftig unterstützt. Doch es kann nur schrittweise gehen. Es kommt darauf an, auch hier die für die Verbesserungen notwendigen Fachkräfte zu finden.

Siebtens: Wie beurteilen Sie die bisherigen Maßnahmen gegen den massiven Fachkräftemangel und deren Auswirkungen auf die Kitas und welche konkreten Maßnahmen sehen Sie bzw. Ihre Partei vor, um dem massiven Fachkräftemangel entgegen zu wirken?

Wir haben in den letzten 5 Jahren erhebliche Anstrengungen gegen den Fachkräftemangel unternommen. Daran werden wir anknüpfen.

- Die Kapazitäten für die Ausbildung wurden kontinuierlich erhöht. Lt. KEP werden wir im Jahr 2022 den Fachkräftebedarf decken können. Das eröffnet uns auch die Möglichkeit für weitere Qualitätsverbesserungen z.B. bei der Erzieher-Kind-Relation.
- Wichtig für uns LINKE ist es, die Qualität der Ausbildung zu steigern, einheitliche und verbindliche Standards dafür zu setzen sowie den Anteil staatlicher Ausbildungsplätze zu erhöhen. Unter anderem sollen Qualitätsvereinbarungen unter Einbeziehung der freien Schulen, die Erzieher:innen/Sozialpädagog:innen ausbilden, abgeschlossen werden. Schulen in freier Trägerschaft sollen die Möglichkeit erhalten, in die Schulinspektionen einbezogen zu werden.
- Es ist richtig, dass wir durch den Fachkräftemangel auch im Kita-Bereich verschiedene Wege zum Erzieher-Beruf geöffnet haben. Wir waren und sind auf Seiten- und Quereinsteiger:innen angewiesen, um den Personalbedarf zu decken. Das war und ist ein Problem, weil nicht immer die erforderliche pädagogische Kompetenz durch entsprechende Abschlüsse vorhanden war oder ist. Umso wichtiger war und ist die Entscheidung der Koalition, Anleitungsstunden einzuführen, die mit der Zeit auch ausgeweitet wurden. Die soll es auch künftig geben. Mit der Einführung der Anleitungsstunden wird die „Ausbildungsleistung“ der Kitas anerkannt und die Arbeit im Kita-Alltag entlastet.
- Wichtig für uns: Die Ausbildung von Erzieher:innen muss mindestens dem DQR 6 (Deutscher Qualifikationsrahmen Stufe 6) entsprechen. Kita-Bildungsarbeit verlangt eine hohe Qualifikation, die auch entsprechend bezahlt werden muss.
- Als DIE LINKE. Berlin wollen wir auch weiter Kindheitspädagog:innen auf akademischem Niveau ausbilden. Damit schaffen wir auch in diesem Berufsfeld Karrierechancen. Kindheitspädagog:innen brauchen wir insbesondere für das Management der Einrichtungen, für Fachberatung und für die Ausbildung. Kindheitspädagog:innen sollen die Berechtigung erhalten, selbst in der Lehre tätig zu sein.
- Wir setzen uns dafür ein, einen individuellen Anspruch auf Fort- und Weiterbildung festzuschreiben. Dafür muss Zeit sein.

- Durch Seiten- und Quereinstieg haben sich die Voraussetzungen für Multiprofessionelle Teams in den Einrichtungen verbessert. Den konzeptionellen Rahmen dafür müssen wir noch setzen, auch bei der Bezahlung der neuen Kolleg:innen. Dies wird eine Aufgabe für die nächste Wahlperiode sein.

Achtens: Befürworten Sie eine finanzielle Angleichung der Entlohnung von freien Trägern gegenüber den Eigenbetrieben (Beispiel „Hauptstadtzulage“) und die daraus resultierende Anpassung des Kostenblattes?

Die kommunalen Eigenbetriebe werden nach demselben Kostenblatt finanziert wie die Kitas in freier Trägerschaft. Hier gibt es keine Ungleichbehandlung. Die Eigenbetriebe müssen wie die freien Träger den jetzt geltenden 5%igen Eigenanteil erbringen. Auch für sie gilt die Sachkostenpauschale des Kostenblatts. Auch für sie gelten die übrigen Regelungen der RV-Tag. Der Unterschied besteht allenfalls darin, dass die Eigenbetriebe ihre Beschäftigten nach TV-L bezahlen müssen. Aber das ist für uns kein Nachteil. Wir wissen, dass auch viele freie Träger ihr Personal nach Tarif bezahlen.

Ein besonderes Thema ist die „Hauptstadtzulage“.

DIE LINKE. Berlin hat in Sachen „Hauptstadtzulage“ immer wieder betont, im Sinne der Gleichbehandlung hier auch die Beschäftigten der freien Wohlfahrtspflege mitzubedenken. An uns wird es nicht scheitern, dass die „Hauptstadtzulage“ auch den Beschäftigten der freien Träger zu Gute kommt. Wir weisen darauf hin, dass die Zahlung dieser Zulage an angestellte Landesbedienstete befristet ist, da sonst ein Ausschluss Berlins aus der Tarifgemeinschaft der Länder droht.

DIE LINKE. Berlin setzt sich dafür ein, die Einkommen der Beschäftigten bei den freien Trägern auf Dauer und grundsätzlich durch mehr Tarifgerechtigkeit zu verbessern. So ist es unser Ziel, dass auch künftig Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst vollständig, das heißt linear und strukturell, bei den freien Trägern ankommen. Im Kitabereich ist dies in der Kita-Rahmenvereinbarung (RV-Tag) bereits so festgelegt. Im Ergebnis dessen konnte im Sozial- und Erziehungsdienst im Durchschnitt eine Gehaltssteigerung von 6,24 Prozent erreicht werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die vollständige Übernahme von Tarifabschlüssen in der RV-Tag, die gerade neu verhandelt wird, auch künftig vertraglich zugesichert wird. Wir setzen uns auch dafür ein, dass das „Tarifgeld“ auch bei allen Beschäftigten in den Kitas ankommt. Wir setzen uns dafür ein, dass es eine Verpflichtung der Träger gibt, dass nach Tarif gezahlt wird. Wir machen uns generell für ein Tariftreuegesetz stark!

Damit die Träger ihren Beschäftigten auch Tarif zahlen können, wollen wir als LINKE, den noch bestehenden Kita-Eigenanteil an den Kosten weiter schrittweise absenken. Kein Träger soll benachteiligt werden, weil er seinen Beschäftigten Tarif zahlt. Dafür hat das Land im laufenden Haushalt Vorsorge in Höhe von 5 Mio. Euro getroffen.

Auch das nichtpädagogische Personal muss nach Tarif bezahlt werden, zumindest muss der Landesmindestlohn gezahlt werden. Damit das auch funktioniert, wollen wir über die Sachkostenpauschale im Kostenblatt reden.

Neuntens: Vergütungen von Erzieher*innen liegen um ca. 15% unterhalb der durchschnittlichen bundesweiten Gehälter. Unterstützen Sie die Forderung der Gewerkschaften, die Vergütung von Erzieher*innen erheblich zu erhöhen – denkbar wäre der bundesdeutsche Vergütungsdurchschnitt?

Ja, wir befürworten eine bessere Vergütung von Erzieher*innen. Diesbezügliche tarifliche Forderungen unterstützen wir.

Zehntens: Wie bewerten sie das derzeitige Kita-Finanzierungssystem in Berlin und sehen Sie Änderungsmöglichkeiten, damit Zeiten für Eingewöhnung und Integrationsarbeit angemessen berücksichtigt werden.

Aus unserer Sicht hat sich das derzeitige Finanzierungssystem im Grundsatz bewährt.

Wir wollen an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Bereich der vorschulischen Bildung in der endenden Wahlperiode auch finanziell deutlich gestärkt wurde. Die gesamten Ausgaben des Landes Berlin für den Bereich Kita betragen in 2016 insgesamt 1.607 Mrd. Euro. Zum Ende dieser Wahlperiode verzeichnen wir einen Aufwuchs um 755 Mio. Euro auf jetzt 2.362 Mrd. Euro.

Das ist möglich gewesen, weil die Koalition sich einig war und ist, in die frühkindliche Bildung zu investieren. Das werden wir auch künftig tun.

Die geltende RV-Tag wird zum Ende des Jahres auslaufen. Die Verhandlungen zur Fortschreibung laufen bereits, werden aber aufgrund des Wechsels der Wahlperiode nicht mehr vor den Wahlen abgeschlossen werden.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, was uns als DIE LINKE. Berlin besonders wichtig ist:

- Wir treten ein für ein schrittweises weiteres Absenken des Eigenanteils der Träger: Wir haben im letzten Vertragszeitraum dafür gesorgt, dass der Eigenanteil von 7 auf 5 Prozent abgesenkt wurde. Das reicht uns nicht. Wir wollen ihn in Zukunft ganz abschaffen.
- Die Neuausrichtung der Pauschalen für Personal- und Sachmittel: Diese müssen regelmäßig angepasst werden. Die Forderungen nach einer Offenlegung der zugrunde gelegten Kalkulationen im Rahmen der RV-Tag-Verhandlungen unterstützen wir. Wir befürworten es jedoch, bei den Pauschalen zu bleiben. Das ist aus unserer Sicht auch im Interesse der Träger. Diese Pauschalen sind berlinweit einheitlich, erleichtern den Verwaltungen im Land und bei den Trägern die Arbeit und ihre Verwendung lässt den Trägern Flexibilität im Rahmen der Zweckbindung.
- Eine vollständige Übernahme der erzielten Tarifabschlüsse. Die Zusage der kompletten Übernahme der Tarifabschlüsse (linear und strukturell) muss in der RV-Tag erneut verankert werden und sich im Kostenblatt wiederfinden.
- Tarifpflicht: Es muss in diesem Kontext auch darüber geredet werden, wie die Weitergabe der Tarifabschlüsse durch die Träger an die Beschäftigten verbindlicher erfolgt. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass das Land Tarif zahlt und dieses Geld nicht bei den Beschäftigten ankommt.

11. welchen zusätzlichen Platzbedarf / Ausbau von Einrichtungsplätzen im Kita-Bereich erwarten Sie zukünftig und mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei das ermöglichen?

Der rot-rot-grüne Senat hat seine Kitaentwicklungsplanung (KEP) für die Jahre 2020/21 bis 2025/26 im vergangenen Jahr vorgelegt (Drs. 18/3089) und jüngst dessen Fortschreibung vorgestellt (Drs. 18/4097).

In der Bilanz haben wir derzeit ca. 176.000 Plätze in Kitas und in der Kindertagespflege. Das sind ca. 10.000 Plätze mehr als zu Beginn der Wahlperiode 2016. Ende 2020 besuchten ca. 170.700 Kinder eine Kita oder eine Kindertagespflegestelle.

Nach den Prognosen brauchen wir im Kitajahr 2025/26 ca. 26.500 zusätzliche Plätze.

Nach den Planungen des Senats werden davon 15.500 Plätze durch bereits geplante und finanzierte Maßnahmen geschaffen. 3.000 Plätze sollen aus dem Bestand aktiviert werden und z.B. durch eine Erhöhung der Auslastungsquote gemäß der jeweils erteilten Betriebserlaubnis. Weitere 8.000 Plätze müssen neu gebaut und auch zusätzlich finanziert werden. Für die Finanzierung wurden dafür 160 Mio. Euro per Senatsbeschluss bereits eingeplant.

Laut der Ende August 2021 vorgestellten Fortschreibung des KEP wächst die Kinderzahl nicht wie vorausgesagt. Die erwartete Zielzahl wird aktuell um 5.500 unterschritten. Die Ursachen dafür werden noch analysiert. Wir stellen fest, dass sich in der Folge dieser Entwicklung die Betreuungsquoten stabilisiert haben. Der Kitaplatzmangel besteht in stark nachgefragten Gegenden der Stadt nach wie vor und wir konstatieren auch, dass das Wunsch- und Wahlrecht nicht überall gewährleistet ist. Dabei ist der Versorgungsgrad in der Stadt unterschiedlich. Insbesondere in sozial schwächeren Regionen ist die Inanspruchnahme der Kita oft unterdurchschnittlich.

Das sind unsere Vorhaben:

- DIE LINKE. Berlin wird sich dafür einsetzen, dass der Kitaausbau weiter vorangeht. Vor allem brauchen wir mehr Plätze, um den Eltern tatsächlich das Wunsch- und Wahlrecht zu ermöglichen und das bedeutet 10 Prozent mehr. Daher werden wir die eingeplanten Mittel wie vorgesehen zur Verfügung stellen und ggf. aufstocken. Das hat das Abgeordnetenhaus auf Initiative der Koalition bereits beschlossen (Drs. 18/3628).
- Wir brauchen eine neue aktualisierte Bevölkerungsprognose als solide Grundlage für den weiteren Kitaplatzausbau. Einer Kürzung der für den Kitaausbau zugesagten Mittel werden wir nicht zustimmen. Sollte die Kinderzahlentwicklung tatsächlich nicht wie erwartet steigen, soll das Geld schneller als bisher geplant in weitere Qualitätsverbesserungen fließen. So in einen verbesserten Personalschlüssel für die Kleinsten von jetzt 3.75 auf 1:3, wie von der Wissenschaft empfohlen.
- DIE LINKE. Berlin setzt sich weiter dafür ein, die Versorgungsquote in sozial schwächeren Sozialräumen deutlich anzuheben. Unter anderem sollen Stadtteilmütter für den frühen Kitabesuch werben und Brennpunktbudgets den Kitas in diesen Gebieten mehr finanzielle Möglichkeiten geben, die Ausstattung nach den Bedarfen vor Ort zu verbessern und z.B. für die Sprachförderung. Dazu müssen wir uns auch die Förderrichtlinien noch einmal ansehen und ggf. nachbessern, damit das Fördergeld gezielt in diese Brennpunkte mit niedrigem Versorgungsgrad fließt. So wollen wir den Kitaausbau auch sozial steuern.

- DIE LINKE. Berlin setzt sich weiter dafür ein, dass der Bund seine Beteiligung am quantitativen und qualitativen Kitausbau fortsetzt. So sollen die bis 2022 befristet zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz verstetigt werden.

12. Viele Kindertagesstätten, insbesondere die sog. Kinderläden, sind zunehmend von Kündigung der Mietverträge bedroht. Welche Lösungen sehen Sie vor, um den Verlust von wichtigen innerstädtischen Einrichtungen zu verhindern?

Immer wieder erreichen uns Hilferufe von Kitas/Elterninitiativkitas, die in Gewerbeimmobilien untergebracht sind und denen die Kündigung droht, wenn Vermieter Mieten drastisch erhöhen oder die Mietverträge kündigen. Angesichts des schwierigen Mietmarktes fällt es den Trägern schwer, geeignete neue Mietobjekte zu bezahlbaren Mieten zu finden. Damit droht ihnen das AUS und die Vernichtung wertvoller Kitaplätze.

Es gibt die Forderung, in den Kostenblättern die Ausgabenanteile für Mieten zu erhöhen bzw. diese einzelfallgerecht zu finanzieren. Über eine allgemeine Erhöhung der Pauschale für Mieten zu reden ist richtig. Jedoch halten wir es für falsch, den Mietforderungen von Vermietern pauschal nachzugeben. Das hieße, der Preistreiberei Folge zu leisten. Das lehnen wir ab.

Was tun wir? In vielen Fällen bieten sich die Bezirksamter an, mit Vermietern zu reden, zu vermitteln und darauf hinzuwirken, dass Mietforderungen zurückgenommen oder nur im nachvollziehbaren und bezahlbaren Umfang erhöht werden. Uns ist auch bekannt, dass Bezirksamter die Einrichtungen unterstützen, im Kündigungsfall geeignete Alternativobjekte zu finden. Wir fördern es ausdrücklich, wenn insbesondere bei Neubauvorhaben Investoren bzw. die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Räume für soziale Infrastruktur zu günstigen Konditionen zur Verfügung stellen. Die Spielräume für politisches Handeln auf Landesebene sind eng, denn das Gewerbemietrecht ist Bundesrecht! DIE LINKE. fordert einen Gewerbemietendeckel auf Bundesebene. Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen in Berlin haben darauf hingewirkt, dass auf Bundesebene ein soziales Gewerbemietrecht eingeführt wird. Die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen haben in diesem Sinne in dieser Wahlperiode folgende beiden Initiativen gestartet:

Vielfältige Gewerbestrukturen schützen I – Berliner Mischung erhalten (Drs. 18/1346): Diese Initiative richtet sich an den Berliner Senat. Er wird aufgefordert, im Rahmen seiner Kompetenzen darauf hinzuwirken, dass soziale Einrichtungen die erforderliche Infrastruktur in Gewerbeimmobilien unterbringen bzw. erhalten können: Gewerbeflächenentwicklungskonzepte, bezirkliches Gewerbeflächenmanagement, Bereitstellung von Flächen in öffentlichen Gewerbeflächen, Entwicklung eines Generalmietermodells, Prüfung der Gründung eines städtischen Unternehmens zur Vermietung von Gewerberäumen.

Vielfältige Gewerbestrukturen schützen II – Bundesratsinitiativen starten für ein soziales „Gewerbemietrecht“ (Drs. 18/1347): Dieser Beschluss fordert den Senat auf, sich im Bundesrat für gesetzliche Änderung in Richtung der Einführung eines Milieuschutzes auch für Gewerbe, für einen Kündigungsschutz für soziale Infrastruktur in Gewerberäumen, für die Einführung eines Gewerbemietspiegels und die Festlegung von Mietobergrenzen für soziale Nutzungen einzusetzen. Leider blieben diese Initiativen bisher ohne Erfolg.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass soziale Einrichtungen wie Kitas und Tagespflegestellen auch künftig geeignete und bezahlbare Räume sichern bzw. finden können.

13. Wie werden Sie Ihre politischen Möglichkeiten nutzen, um sich für eine größere gesellschaftliche Anerkennung der sozialpädagogischen Fachkräfte einzusetzen?

Wir stellen fest, dass die Pandemie Bedeutung und Ansehen der Kitas als Bildungseinrichtungen gestärkt hat. Sie sind für die Entwicklung der Kinder und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Kinder und Eltern unverzichtbar. Dem tragen wir in unserer LINKEN Bildungs- und Familienpolitik Rechnung.

In den vorangegangenen Ausführungen haben wir bereits darauf verwiesen, dass wir uns für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kitaangebote, eine Verbesserung der Personalausstattung und der Rahmenbedingungen der Arbeit in den Einrichtungen, eine tarifgerechte Bezahlung und eine weitere Steigerung der Attraktivität des Berufs einsetzen.

Wir sehen hier auch die Notwendigkeit, auf Bundesebene stärker als bisher gemeinsam mit den Gewerkschaften, Berufs- und Fachverbänden sowie weiteren Interessenvertretungen für die gesellschaftliche Anerkennung sozialpädagogischer Fachkräfte einzutreten. Dazu sollten auch die Kultusministerkonferenz und die Konferenz der Jugend- und Familienminister:innen einen Beitrag leisten. Gern sind wir bereit, mit Ihnen als Berufsverband dazu ins Gespräch zu kommen und Ihre Vorschläge zu diskutieren.

14. Die Beteiligung der sozialpädagogischen Fachkräfte an der Gestaltung der Berliner Kitalandschaft wurde bisher im Gegensatz zur Beteiligung der Träger oder der Eltern nur unzureichend berücksichtigt. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass zukünftig Berufsverbände stärker in den relevanten Gremien und Ausschüssen beteiligt werden und welche weiteren Möglichkeiten?

Es war und ist Praxis der Berliner LINKEN, die Interessenvertretungen der Beschäftigten, Berufs- und Fachverbände, Gewerkschaften und Personalvertretungen einzubeziehen und sicher zu stellen, dass sie an relevanten Entscheidungsprozesse beteiligt werden. Dies war und ist in vielen Fällen über gesetzliche Regelungen bereits festgelegt.

Wir würden gern mit Ihnen ins Gespräch kommen, um Ihre Vorstellungen als Berufsverband über eine stärkere Einbeziehung in die Gestaltung der Berliner Kitalandschaft kennen zu lernen und gemeinsam zu überlegen, wie diese umgesetzt werden können.

15. Welche Maßnahmen für einen sicheren Betrieb der Kitas für Kinder und Beschäftigte müssen in Bezug auf steigende Covid-19-Inzidenzen nunmehr durchgehend ergriffen werden und wie sieht die langfristige Strategie Ihrer Partei dazu aus?

Die Gesundheit der Kinder, Beschäftigten sowie ihrer Familien hat für uns als LINKE höchste Priorität. Wie bereits ausgeführt, setzen wir auch künftig auf eine praxistaugliche Umsetzung der geltenden Bestimmungen, die in erster Linie von den Gesundheitsbehörden vorgegeben werden.

Wir werden die Träger auch künftig unterstützen, die Voraussetzungen für einen sicheren Kitabetrieb im Alltag zu gewährleisten. Dazu stehen die Träger in regelmäßigem Kontakt mit den zuständigen Stellen im Senat und in den Bezirken. Auf Landesebene haben wir mit der Einrichtung einer Corona-Rücklage auch die finanziellen Voraussetzungen für die Realisierung notwendiger Maßnahmen geschaffen. Für Hinweise und Anregungen sind wir offen.

Was eine langfristige Strategie zum Umgang mit der aktuellen und möglichen künftigen Pandemiefällen angeht, so müssen dazu ressortübergreifend Erfahrungen ausgewertet und unter Einbeziehung der Wissenschaft, der Fachöffentlichkeit und der Zivilgesellschaft die entsprechenden Schlussfolgerungen gezogen werden. Das sollte zeitnah geschehen. Daran werden wir uns als DIE LINKE. Berlin sehr gerne beteiligen.

Was die konkreten Maßnahmen zum Umgang mit der aktuellen Situation angeht, verweisen wir auf unsere Antwort auf Ihre dritte Frage.

16. Erzieher*innen unterliegen hohen gesundheitlichen Belastungen; hohe Lärmbelastung, psychischen Belastungen und Atemwegs- sowie Muskel- und Skeletterkrankungen sind kennzeichnend. Bisherige Gesundheitsförderungsprogramme explizit für Erzieher*innen existieren nicht. Auch bei der Anerkennung von einschlägigen Berufskrankheiten werden gesundheitliche Beeinträchtigungen von Erzieher*innen selten anerkannt. In welchem Maße setzen Sie sich dafür ein, dass Gesundheitsförderung und Anerkennung von Berufskrankheiten verstärkt für Kita-Personal angeboten werden kann?

Wir teilen als DIE LINKE. Berlin Ihre Position, dass der Gesundheits- und Arbeitsschutz in diesem pädagogischen Arbeitsfeld einen höheren Stellenwert und mehr Beachtung finden muss.

Wir befürworten die Einführung eines Gesundheitsmanagements in den Einrichtungen. Dafür sind in erster Linie die Träger als Arbeitgeber zuständig.

Doch als DIE LINKE sehen wir auch die Politik in der Verantwortung. Wir gehen davon aus, dass jede Verbesserung der Personalausstattung und der Rahmenbedingungen der Arbeit in den Kitas auch eine gesundheitliche Entlastung der Beschäftigten bewirkt. Dessen sind wir uns bewusst. Auch darum werden wir uns künftig für entsprechende Maßnahmen einsetzen.

Wir unterstützen auch Programme wie „Die Gute Gesunde Kita“, weil sie die Kinder, aber auch die Familien und die Beschäftigten in den Blick nehmen. Dieses Programm und weitere wollen wir gern ausbauen. Für Ihre diesbezüglichen Anregungen und Vorschläge sind wir offen.

Wir unterstützen auch künftig Initiativen von Beschäftigtenvertretungen, Berufs- und Fachverbänden, Gewerkschaften und Initiativen, die sich für mehr Arbeits- und Gesundheitsschutz im Bereich der frühkindlichen Bildung einsetzen. Wir sehen hier auch die Tarifpartner in der Verantwortung.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch